ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Gutowski, Armin

Article — Digitized Version

Leistungsbilanzdefizite - kein Grund zur Panik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Gutowski, Armin (1980) : Leistungsbilanzdefizite - kein Grund zur Panik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 5, pp. 210-211

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/135431

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Armin Gutowski

Leistungsbilanzdefizite – kein Grund zur Panik

Zum ersten Mal seit vierzehn Jahren hatte die Bundesrepublik Deutschland 1979 ein Defizit in der Leistungsbilanz. Gut zehn Milliarden D-Mark mußten durch Kapitalimporte (oder Devisenverkäufe) finanziert werden, während noch im Jahr davor ein Überschuß von 17,6 Mrd. DM erwirtschaftet wurde. In diesem Jahr wird das Defizit nochmals um etwa 15 Mrd. DM höher ausfallen als 1979. Das erscheint manchem erschreckend.

Das Defizit ist in erster Linie durch die Verdopplung des Ölpreises gegenüber dem Durchschnittspreis von 1978 zustande gekommen. Unsere Ölrechnung, die 1978 noch 32 Mrd. DM betrug, schwoll 1979 auf 48 Mrd. DM an und wird 1980 nochmals mindestens um 15 Mrd. DM höher sein. Zwar ist der Wert unserer gesamten Ausfuhren 1979 gegenüber dem Vorjahr um gut zehn Prozent angestiegen, der Wert der Einfuhren ist jedoch um fast zwanzig Prozent in die Höhe geschnellt. Aber auch der Menge nach ist die Einfuhr rascher gewachsen als die Ausfuhr. Dies erklärt sich zu einem guten Teil aus dem konjunkturellen Vorlauf, den die Bundesrepublik gegenüber anderen wichtigen Industrieländern hatte.

Sobald die Konjunkturen wieder mehr im Gleichschritt sind, wird sich diese Komponente wieder zurückbilden. Mit dem hohen Leistungsbilanzdefizit gegenüber den OPEC-Mitgliedern werden wir hingegen wohl für wesentlich längere Zeit leben müssen. Zwar waren die nach dem ersten Ölpreisschub entstandenen hohen Überschüsse der OPEC (1974: fast 65 Mrd. US-$) bis 1978 auf nahezu Null abgeschmolzen. Diesmal jedoch ist es eher wahrscheinlich, daß der OPEC-Überschuß, der allein für 1980 auf über 100 Mrd. US-$ geschätzt wird, nicht so schnell durch vermehrte Einfuhren zurückgehen wird.

Ob die Bundesrepublik und die anderen Industrieländer dadurch wirklich Schaden erleiden, ist freilich zweifelhaft. Nehmen wir einmal für gegeben, daß die Ölländer infolge der Verteuerung ihrer Produkte, auf deren Import wir angewiesen sind, höhere Ansprüche an unser Sozialprodukt gewinnen, so ist es alles andere als selbstverständlich, daß es für uns am besten wäre, diese Ansprüche ausschließlich durch realen Gütertransfer, also durch den Export von Waren und Dienstleistungen, so schnell wie möglich und koste es, was es wolle, zu bezahlen. Es kann ökonomisch viel sinnvoller sein, den Ölländern auch finanzielle Ansprüche zu belassen, sei es in Form von Beteiligungen, festverzinslichen Wertpapieren oder Bankforderungen, sich also bei ihnen zu verschulden und ihr Sparkapital für Investitionen bei uns zu verwenden. Daß wir Zinsen auf ausländisches Kapital zu zahlen haben, braucht uns nicht zu stören, so lange die Rendite, die wir mit den Investitionen erwirtschaften, höher ist. Insbesondere Investitionen zur Einsparung von Energie und zur Substitution von OPEC-Öl dürften Erfolg versprechen, da sie uns auf längere Sicht vom Ölimport weniger abhängig machen. Und gerade darauf kommt es an. So wird schließlich das ölpreisbedingte Leistungsbilanzdefizit auf eine wesentlich bessere Weise beseitigt als wenn wir versuchten, die steigenden Ölrechnungen nur mit immer mehr Exportgütern zu bezahlen.

In der Diskussion um unsere defizitäre Leistungsbilanz werden diese Zusammenhänge zumeist sträflich vernachlässigt; es werden Argumente eingebracht, die unnötig Sorge und Angst hervorrufen:

Ein technisch so forgeschrittenes, kapitalintensiv produzierendes Land wie das unsere müsse Kapitalexporteur sein und deshalb Leistungsbilanzüberschüsse erwirtschaften. Das ist grundsätzlich richtig. Doch richtig ist auch, daß alle Industrie- und Entwicklungsländer, die netto Öl importieren, zusammengenommen ein Leistungsbilanzdefizit haben müssen, das gerade dem Betrage entspricht, den die ölexportierenden Länder nicht für Importe von Waren und Dienstleistungen ausgeben. Gleichwohl sollten wir und andere Industrieländer nach wie vor einen Überschuß gegenüber den weniger entwickelten Ländern erzielen, damit diesen Ländern weiterhin Realkapital für Investitionen zufließt.

Ein länger anhaltendes Defizit in der Leistungsbilanz werde die D-Mark schwächen, Abwertungen und Inflationsschübe hervorrufen. Das ist grundsätzlich falsch. Zugegeben: Länder, die über ihre Verhältnisse gelebt haben, indem sie privaten und öffentlichen Konsum auf Pump im Ausland finanzierten, haben Leistungsbilanzdefizite in Verruf gebracht. Solche Defizite werden zur Last, weil der wachsende Schuldendienst aufgebracht werden muß, ohne daß sich die Einkommen entsprechend erhöht hätten. Dem stehen diejenigen Länder gegenüber – allen voran die USA –, die ihre industrielle Entwicklung im Wege der Auslandsverschuldung finanziert und die Schulden aus gestiegenem Einkommen bedient haben. Es kommt also entscheidend auf die Verwendung der Auslandskredite an.

Zum Defizit in der Leistungsbilanz müsse man noch „autonome" (Netto-) Kapitalabflüsse, so etwa Direktinvestitionen und öffentliche Kredite an Entwicklungsländer, addieren. Das läßt sich nicht von der Hand weisen. Je mehr Entwicklungshilfe wir leisten, je höher die Beiträge sind, die wir an internationale Organisationen entrichten, desto mehr Güter müssen wir tatsächlich exportieren oder Kapital für rentable Investitionen importieren. Das galt freilich auch schon zu Zeiten von Leistungsbilanzüberschüssen. Bedenklich müßte die erhebliche (Netto-) Zunahme deutscher Direktinvestitionen im Ausland stimmen, wenn solche Kapitalbewegungen als Indiz dafür gewertet werden können, daß sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft vermindert hat. Dann wäre entweder der Außenwert unserer Währung oder – fundamentaler – unser Reallohnniveau zu hoch. Dies trüge auch zur Passivierung der Leistungsbilanz bei.

Hartnäckig wird in jüngster Zeit wiederholt, die Deutschen reisten zu viel; das Defizit aus dem Tourismus sei schließlich schon fast so hoch wie der Außenhandelsüberschuß. Daraus zu folgern, wir sollten Devisen für Auslandsreisen bewirtschaften, wäre geradezu töricht – so töricht wie jeder andere Versuch, durch Protektionismus die Leistungsbilanz verbessern zu wollen. Sollten wir wirklich zu viel importieren, ob Erholung im Ausland, Hemden aus Hongkong, Kameras aus Japan oder auch Öl, wird auf längere Sicht der Wechselkurs reagieren.

Zeitweilig wurde beklagt, daß nicht nur die Leistungsbilanz, sondern auch die gesamte Zahlungsbilanz defizitär sei, weil wegen der hohen Zinsdifferenz Kapital ins Ausland abflösse. Tatsächlich sind im Zuge der amerikanischen Stabilisierungspolitik die kürzerfristigen Zinssätze in den USA vorübergehend in schwindelerregende Höhen gestiegen. Freilich wäre der Spuk der Kapitalabflüsse rasch vorüber gewesen, hätte die Bundesbank nicht am Devisenmarkt Dollar verkauft. Der D-Mark-Kurs wäre vermutlich stärker gesunken. Inzwischen hätte er sich mit sinkenden Dollarzinsen ebenso wahrscheinlich wieder erholt. Daß wir unsere Devisenreserven längerfristig zur Deckung des Leistungsbilanzdefizits benötigten, weil uns nicht genügend Kapital zuflösse, und daß deshalb mit aller Gewalt das Leistungsbilanzdefizit abzubauen sei, wäre bei flexiblen Wechselkursen ein folgenschwerer Trugschluß.

Alles in allem ist die Gefahr, die vom Leistungsbilanzdefizit ausgeht, geringer als die Gefahr, es falsch zu kurieren. Gewiß können auch wir nicht beliebig viel Geld für beliebige Zwecke im Ausland aufnehmen. Betreiben wir jedoch eine stabilitätsorientierte Geld- und Finanzpolitik, die ein günstiges Investitionsklima schafft, und macht die Lohnpolitik die Investitionschancen nicht zunichte, dann können wir die mit den Leistungsbilanzdefiziten verbundenen Kapitalimporte dazu nutzen, unsere Abhängigkeit vom Ölimport auf weniger kostspielige Weise zu verringern als ohne sie. Grund zur Panik besteht jedenfalls nicht.